Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 273. Donnerstag, den 21. November 1918. 25. Jahrg.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Von Philipp Scheidemann.

Es ist keine Frage, daß gewisse Elemente immer noch von der Nationalversammlung eine Rückwärts-Revidierung der Errungenschaften der Revolution erhoffen und darum die Forderung nach ihr mit besonderem Nachdruck erheben. Wie sie auf den seltsamen Gedanken kommen, ein Volk könne nach den Erlebnissen der letzten Wochen je wieder das aufzurichten wünschen, was sich dem Ansturm einiger weniger Stunden gegenüber als vermorscht und haltlos erwiesen hat, ist kaum zu verstehen. Die vernünftigeren Elemente des Bürgertums haben sich denn auch in überwiegender Mehrzahl auf den Boden des Neugeschaffenen gestellt und suchen selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten.

Man geht überhaupt fehl in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Revolutionen tragen ihr Recht und ihre Notwendigkeit in sich und haben es nicht nötig, sich erst beglaubigen zu lassen. Aber die Nationalversammlung wird die andere und nicht geringere Aufgabe haben, innerhalb des umgeschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, auszugestalten und sicher zu stellen. Sie muß die neue deutche Republik nach außenhin verhandlungsfähig, und nach innen, nach der wirtschaftlichen Seite hin, geschäftsfähig machen.

Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die Neuregelung unserer Geschäftsbeziehungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinreihung im Weltverkehr und Welthandel, also konsolidierte Verhältnisse bringen soll, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen. Das haben alle ihre Wortführer oft und dringend genug erklärt und diese Erklärung ist nur eine Folgerung aus ihrer ebenso häufigen Drohung, ein terroristisch beherrschtes Deutschland mit Waffengewalt besetzen zu wollen. Die Nationalversammlung hat also vor allem die Aufgabe, den Volkswillen zu sichern und in dauernden Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen, um dadurch der Entente jeden Vorwand zur Verzögerung des bitter notwendigen endgültigen Friedens zu nehmen.

Nach innen ist ihre Berufung, alle die vielen Stimmen zum Schweigen zu bringen, die in der heutigen Beherrschungsform Deutschlands nichts Endgültiges sehen und die Forderungen der Demokratie nach der Entscheidung durch den Mehrheitswillen erheben. Man soll dieses Verlangen, das bis weit in die Arbeiterkreise hinein ernsthaft demokratische Menschen beherrscht, nicht unterschätzen; es ist weniger die Ausschaltung des Bürgertums (die, wie ein Blick auf die Besetzung der Regierungsposten lehrt, eigentlich gar nicht vorhanden ist), welche Unzufriedenheit und Unsicherheit erweckt, als die Abwesenheit jeglicher Volksvertretung im Gefüge der gesetzgebenden und regierenden Mächte, an deren Spitze die Volksbeauftragten stehen. Dem Reichstag weint niemand eine Träne nach, und die wehmütige Anfrage des einstigen Reichstagspräsidenten an die heutige Regierung, ob er wohl seiner Pflicht gehorchen und das Parlament einberufen soll, ist nur eine Parallelerscheinung zu dem Verhalten der bürgerlichen Parteien in kaiserlicher Zeit, wo sie ebenso eifrig nach ministeriellen Winken haschten. Aber ein Parlament wollen alle, ob sie etwas mehr oder weniger links stehen, und die Nationalversammlung ersehnen sie als den erst endgültigen, freien und kraftvollen Ausdruck der deutschen Republik.

Die Nationalversammlung muß aber schließlich, und nicht zum unwichtigsten Teil, den materiellen Bedürfnissen des neuen Deutschland Rechnung tragen, denn seit der Auflösung des Reichstages und dem Verschwinden des Bundesrats als Teil einer gesetzgebenden Körperschaft gibt es keine Instanz, die neue Kredite bewilligen kann, das Reich bedarf aber der finanziellen Sicherstellung dringend, wenn nicht unabsehbarer Schaden heraufbeschworen werden soll. Es muß also unbedingt ein gesetzmäßiger und den inner- und außerdeutschen Gläubigern gegenüber rechtsgültiger Weg zu neuer Geldbeschaffung gefunden werden, und der kann nur über die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung führen.

Man darf nicht glauben, daß die Nationalversammlung ein Heilmittel gegen alle innere nSchäden sei. Sie kann nur gewählt werden in einem Volk, das aus sich heraus die Gesetzmäßigkeit seiner Zustände bis zu ihrem Zusammentritt hochgehalten und der Anarchie nicht erlaubt hat, die notwendige Grundlage einer Schicksalsgemeinschaft zu zerstören. Aber auf der Grundlage solcher Selbstdisziplin wird sie einen verhältnismäßig günstigen Abschluß mit unseren Feinden ermöglichen, die neue Staatsform im Innern ausbauen und vor allem die Finanzwirtschaft, diesen schlimmsten Kriegsbeschädigten einer schuldbeladenen Vergangenheit, erst wieder richtig ins Leben rufen.

Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung: das muß die Parole für die Reichsleitung sein.

Für die sozialdemokratische Partei aber gilt es, zu einem Wahlkampf zu rüsten, wie es seinesgleichen noch keinen gegeben hat. Zehn Wochen sind eine kurze Zeit, da darf keine Stunde verloren werden. Eine Entscheidung wird fallen, die wahrlich nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzt als die Entscheidungen des Schlachtfeldes. Alles, was in unserer Partei an Opfermut und Kampflust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen angespannt werden bis aufs letzte, damit der Sieg unser bleibt!

Die Demobilisierung.

Der Außenstehende macht sich kaum einen Begriff von den Menschenmassen, die heut schon in die Heimat zurückkommen. Beruhigend wirkt es, daß von den verschiedensten Stellen gemeldet werden kann, daß der Rückmarsch, der gegenwärtig erst die Etappen- und Heimattruppen umfaßt, in verhältnismäßiger Ordnung erfolgt. Um unseren Lesern einen Einblick in die zu bewältigenden Aufgaben zu geben, bringen wir nachstehend einen längeren informierenden Bericht aus Frankfurt am Main an das „B. T.": Dem Blatt wird unter dem 18. von dort geschrieben:

Die Demobilisierung der Westfront tritt hier von Tag zu Tag eindrucksvoller in die Erscheinung. Die Zahl der Militärzüge ist allein auf dem Hauptbahnhof durchschnittlich auf täglich 80 angeschwollen, deren jeder mit etwa 18 Wagen ungefähr 700 Mann befördert, so daß also den Hauptbahnhof täglich **50 000 bis 60 000 Mann** passieren. Rechnet man dazu noch die über die Süd- und Ostbahnhöfe gehenden Transporte, so ergibt sich eine Ziffer von etwa **100 000 Mann**, die sich allein über Frankfurt a. M. täglich landeinwärts ergießen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die bis jetzt beförderten Truppen noch nicht den Kern der Feldarmee bilden, sondern aus dem Etappen- und Heimatgebiet stammen. Aber man erhält angesichts dieser Zahlen einen beruhigenden Eindruck von der Leistungsfähigkeit unserer Bahnen auch nach vier Kriegsjahren. Die Züge laufen durchaus fahrplanmäßig, und nach eingezogenen Erkundigungen sind bis jetzt nirgendwo ernsthafte Stockungen eingetreten. Gerühmt wird mir die Selbstverleugnung und Opferwilligkeit, mit der das Bahn- und Zugpersonal wie bei der Mobilisierung, so auch jetzt bei der Demobilisierung seinen Dienst versieht.

Außer diesen, nur der Soldatenbeförderung dienenden Zügen laufen besondere „Räumungszüge", die das Material, hauptsächlich Waffen und Vorräte wegführen. Ueber Frankfurt kommen täglich ungefähr 20 derartige Züge. Ich sah deren viele auf der Strecke auf Mainz hochbeladen mit Artilleriematerial und Stückgütern. In Viehwagen, die das Begleitpersonal beherbergen, liegen auf Stroh zwischen den Mannschaften Offiziere.

Bei dem ersten überstürzten Zurückfluten der Massen aus dem Etappengebiet haben sich leider zahlreiche tödliche Unglücksfälle ereignet. Viele der auf den Dächern kauernden Soldaten sind in Tunnels besonders auf der Strecke Lüttich—Aachen totgequetscht worden. Andere, die eingeschlafen waren, fielen von den Dächern. Jetzt aber, wo sich der Bahnverkehr mit größter Ruhe und Ordnung vollzieht, sind die Unglücksfälle auf ein Mindestmaß beschränkt.

Die Verpflegung der durchreisenden Truppen ist sowohl hier wie an den großen Verkehrspunkten des Rheins befriedigend und auf Wochen hinaus gesichert. Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof werden täglich 10000 Mahlzeiten verteilt. Auf Grund eigener Beobachtungen und der Aussagen zahlreich befragter Soldaten kann ausgesprochen werden, daß die den Soldaten jetzt gebotene Verpflegung weit besser ist als unter dem alten Regime. „Zum ersten Mal nach drei Jahren habe ich mal wieder ein fettiges Maul gehabt", sagte mir ein Soldat mit sattem Behagen. Die in geschlossenen Verbänden marschierenden Truppen verpflegen sich aus ihren Feldküchen. Unter den Soldaten herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die Revolution die Unehrlichkeiten und Unterschleife in der Verpflegung der Truppen, ein Hauptübel des gestürzten Regimes, beseitigt habe und daß die bereit gestellten Nahrungsmengen ungeschmälert an die breiten Massen der Soldaten gelangen. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Truppen vorübergehend Mangel leiden und daß, wie stets in diesem Kriege, die vordersten Kampftruppen, die jetzt die letzten Nachhuten bilden, die größten Entbehrungen ertragen müssen. Jedenfalls wird die Befürchtung, daß ein Zusammenbruch der Truppenverpflegung die Krisis zu einer verhängnisvollen Katastrophe machen könnte, an den militärischen Stellen nicht gehegt. Von Disziplinlosigkeit schwerer Art oder gar Auflösungserscheinungen ist jetzt, nachdem der Ueberschwang der ersten Revolution verrauscht ist, nirgends etwas zu bemerken. Ich war Zeuge des Truppenverkehrs an dem Rheinübergang bei Mainz. Er vollzog sich mit größter Ruhe und Ordnung. Der Führer eines Absperrungskommandos sagte mir, daß das gefährliche Freischärlertum ganz aufgehört habe und sich während des ganzen Rückzuges kaum die Notwendigkeit zu einem Einschreiten ergebe. Nach allen den Soldatenräten von Frankfurt und Mainz zugegangenen Nachrichten hat die Oberste Heeresleitung die Fronttruppen in der Hand und verbürgt auf Grund der aus Einsicht hervorgegangenen Disziplin einen glatten Verlauf des Abtransportes.

Die Hauptbelastung werden freilich erst die nächsten Tage bringen. Auf Mainz sind drei Armeen im Anmarsch, die Ende dieser Woche erwartet werden. Die Stadt ist festlich beflaggt, und es herrscht in der Bevölkerung unverkennbar eine freudige Stimmung. Man jubelt den durchziehenden Truppen lebhaft zu. Ueber den Rhein ist eine Pontonbrücke gelegt, die nur den marschierenden Armeen dienen soll. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist eine Bürgerwehr in Stärke von über 1000 Mann gebildet worden. Bemerkenswert ist, daß diese Bürgerwehr zu einem großen Teil aus bereits entlassenen Militärpersonen besteht, die keinen ausreichenden Verdienst gefunden und sich dem Soldatenrat wieder zur Verfügung gestellt haben. Im allgemeinen erhält man den Eindruck, daß die zusammenhaltenden Kräfte in Heer und Volk stark genug sind, um uns die eigentliche militärische Demobilisierung gut überstehen zu lassen.

Der Waffenstillstand.

Ein Mahnruf.

Den gegnerischen Regierungen wurde durch Vermittlung der schweizerischen und der holländischen Regierung folgende Note übermittelt:

Mit jedem weiteren Tag der im Waffenstillstand aufgezwungenen übereilten Räumung droht, wenn nicht wirtschaftliche Rücksichten beachtet werden, die Gefahr katastrophaler Wirkungen nicht nur für Deutschland und seine linksrheinischen Gebiete, sondern vor allem auch für Luxemburg. Die deutsche Regierung bittet daher dringend, wirtschaftliche und eisenbahntechnische Sachverständige schleunigst zur Waffenstillstandskommission nach Spaa zu entsenden, da sonst wirtschaftliche Schädigungen eintreten könnten, die nicht wieder gut zu machen sind.

(gez. Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

*

Die Entente und Deutschland.

Die „Haagsche Post", das bekannte Ententeblatt, schreibt: Die Blockade wird das einzig wirksame Mittel der Entente sein, um die Ordnung in Deutschland bei politischer Evolution zu erzwingen und die Wiederholung des russischen Chaos zu verhindern. Ferner eröffnet die Besetzung der Ostseehäfen und einer neutralen Zone die Möglichkeit, die deutsche Revolution von Osten und Westen zu kontrollieren. Harte Waffenstillstandsbedingungen geben der Entente die Macht, Herr der Revolution zu bleiben, die ungehindert vor sich gehen kann, solange sie zur Demokratie führt, aber verhindert wird, sobald sie zur Anarchie führt.

Harte Waffenstillstandsbedingungen und die Einmischung in die internen Verhältnisse lösen aber auch im deutschen Volke eine Stimmung aus, die der Entente nicht angenehm sein dürfte. Das sollten auch die Staatsmänner der Entente bedenken.

*

Die Auslieferung der deutschen Schiffe.

Nach den Ausführungsbestimmungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See mit England sollen die von uns zu stellenden Schiffe bis zum 18. zur Ausfahrt bereit sein. Das ist geschehen. Die Schiffe sind in Fahrt. Damit entfällt also für England jedes Recht für die angedrohte Besetzung von Helgoland.

Die kommende Friedenskonferenz.

Der Pariser Temps meldet: Die Alliertenkonferenz in Paris ist vorgestern geschlossen worden. Der Entwurf des Vorfriedens wurde angenommen. Die Konferenz tritt in der letzten Novemberwoche zur Vorbereitung der am 15. Dezember beginnenden Friedensverhandlungen wieder zusammen.

Die große Friedenskonferenz, bei der die Delegierten der Entente mit denen von Deutschland, der Donauländer und der Türkei am Beratungstische zusammensitzen werden, wird in Versailles zusammenkommen und ihren Hauptsitz in Paris haben. Wieviele Delegierte der Entente abstimmen und den Vertrag unterzeichnen werden, soll auf der Vorkonferenz entschieden werden. Folgende Delegierte der Alliierten sind schon bestimmt: Für Frankreich: Präsident Clemenceau, Briand, Barthon und Bourgeois; für England: Lloyd George, Balfour, wahrscheinlich Lord Reading, ein Arbeiterdelegierter und ein oder zwei weitere Teilnehmer der Dominien. Wenn die Neuwahl die jetzige Regierung Lloyd Georges am Ruder läßt, wird Asquith ein Sitz im Kabinett angeboten werden, damit er als Regierungsvertreter den Verhandlungen der

wohnen werde. Ungewiß ist noch, ob Lord Grey der Konferenz angehören wird. Auch der Arbeitsminister Barnes wird englischer Vertreter sein. Die Vereinigten Staaten werden vertreten sein durch Wilson, Elliot, Root, Lansing und House, Italien durch Sonnino und Orlando, Belgien durch den Premierminister van der Velde, Japan durch seine Botschafter in London und Paris, Rumänien durch Take Jonescu, Griechenland durch Venizelos, Serbien durch Pasitsch, die Tschechen durch Masaryck, die Jugo-Slaven durch Benesk. Für Rußland ist bisher noch kein Vertreter ausersehen.

Die „Times" erfährt aus New York vom 18. November: Senator Borch teilt mit, daß die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs zur Friedenskonferenz zugelassen werden würden, und daß alle Verhandlungen zwischen ihnen und den Vertretern der alliierten Regierungen einschließlich der Vereinigten Staaten öffentlich durchgeführt werden würden. Nach der hier herrschenden Auffassung bedeutet das, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten stattfinden werden, und daß der Präzedenzfall aus der Zeit des Boxeraufstandes, wo den chinesischen Vertretern die Teilnahme an den Verhandlungen verweigert wurde, im Falle Deutschlands nicht gelten werde. Senator Borch teilte weiter mit, daß bei der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten von der üblichen Geheimhaltung abgesehen werden soll. Diese Mitteilungen erweckten das größte Interesse und es ist bekannt, daß sie die Auffassung des Präsidenten wiedergeben. Man vermutet, daß Amerika und die Alliierten schon einen Beschluß faßten.

Zur Reichstagsauflösung.

Der Reichstagspräsident Fehrenbach ließ der Reichsleitung nach einer Besprechung mit den Parteiführern und dem Mitglied der Regierung, Ebert, nachfolgende Erklärung zugehen:

„In der am 10. November zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichskanzlerpalais stattgehabten Sitzung, an der außer sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Vizepräsident Dove und ich teilnahmen, habe ich die Frage aufgeworfen, ob etwa, wie verlaute, eine Auflösung des Reichstages geplant, und ob verneinendenfalls die für den nächsten Mittwoch angesetzte Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichskanzler Ebert, daß über eine etwaige Auflösung des Reichstages noch kein Beschluß gefaßt sei, daß aber jedenfalls die angesetzte Sitzung nicht abgehalten werden kann. Dagegen konnte ich nach der Sachlage eine Einwendung nicht machen. Am 14. November fragte ich telegraphisch an, ob gegen die auf nächste Woche vorgesehene Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben, eventuell Maßnahmen dagegen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach Beseitigung des deutschen Kaisertums und des Bundesrats als gesetzgebende Körperschaft auch der Reichstag nicht mehr zusammentreten könne. Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zutreffend anzuerkennen. Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlassen mich aber, zurzeit von einer Einberufung des Reichstages abzusehen. Ich behalte mir dieses jedoch ausdrücklich vor. Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch der künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.

Wir können den Standpunkt der Regierung nur teilen. Der bisherige Reichstag kann jetzt nicht mehr als Vertretung des Volkes angesehen werden, deshalb mußte mit ihm Schluß gemacht werden.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Ueber 1½ Millionen Tote.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können wir die Verluste Deutschlands **bis zum 31. Oktober 1918** genau angeben. Deutschland hat **1 580 000 Tote** zu beklagen. Als vermißt werden **260 000 Mann** gemeldet, wovon aber ein ebenfalls großer Teil nicht unter den Lebenden weilen wird. **Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten,** wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.

Beim Lesen dieser Zeilen empfindet man nicht nur inniges Mitleid mit den armen Opfern dieses entsetzlichen Krieges, sondern auch eine tiefe, nachhaltig wirkende Erbitterung gegen diejenigen, die dieses Blutbad auf dem Gewissen haben und die nicht jede Gelegenheit benutzten, um demselben ein Ende zu bereiten. Hoffentlich kommt recht bald die Zeit, wo mit diesen Verbrechern an der Menschheit, diesen Massenmördern, gründliche Abrechnung gehalten werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Frage des Wahltermins.

Die widersprechenden Angaben des „Vorwärts" und der „Freiheit" über den Stand der Vorbereitungen für die Nationalversammlung veranlaßte einen unserer Mitarbeiter, ein der Unabhängigen Sozialdemokratie angehöriges Regierungsmitglied darüber zu befragen. Der Volksbeauftragte erklärte uns, daß das Vorliegen eines Gesetzentwurfs über die Wahlen nicht bestritten werde und auch von der „Freiheit" nicht dementiert worden sei. Die Regierung habe jedoch endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. (Die Unterredung fand am frühen Nachmittag des Montag statt.) Der Volksbeauftragte hält es für ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten — von anderen Gründen abgesehen, schon aus rein technischen Ursachen. Die Auflösung des Heeres, die Stillegung der ungeheuren Kriegsindustrie würden auf längere Zeit andauernde Binnenwanderungen hervorrufen. Man könne nicht Wählerlisten anlegen, solange ein so großer Teil des Volkes noch nicht wieder feste Wohnsitze eingenommen habe. Dazu komme weiter, daß man ja den künftigen Umfang des Reichsgebietes noch gar nicht kenne, weder die möglichen Verkleinerungen des alten Reichsgebiets, noch den Umfang des sich dem Reiche angliedernden Deutsch-Oesterreich. Es müsse auch bedacht werden, daß wir die Dauer der Besetzung des linksrheinischen Gebietes und auch gewisser Teile des rechtsrheinischen Landes noch nicht wissen und man werde doch nicht, wenn dies möglich wäre, Wahlen unter dem Druck einer feindlichen Besetzung wünschen können. Aus all diesen Gründen glaubt der von uns befragte Volksbeauftragte, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, als man vielfach glaube.

Die Neugestaltung Deutschlands.

In einem Aufrufe der neuen sächsischen Regierung an das sächsische Volk heißt es u. a.: Die neue sächsische Regierung erstrebt die Beseitigung der veralteten bundesstaatlichen Verfassung und die Einordnung Sachsens in die einheitliche großdeutsche Volksrepublik, an die auch Deutschösterreich seinen Anschluß vollziehen möge. Den einzelnen Teilgebieten des neuen Groß-Deutschlands soll weitgehende Selbstverwaltung und Schutz der Kulturinteressen gesichert werden. In ihrem Programm erklärt die neue bayerische Volksregierung sich für die Selbständigkeit Bayerns und für die Vereinigung der Deutschösterreichischen Republik mit dem Deutschen Reiche.

Die internationalen Kommunisten,

auf gut Deutsch: die deutschen Bolschewisten, sind unter Führung Rühles aus dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens ausgetreten. Sie erklären, die Revolution enthülle sich täglich mehr als ein großangelegtes und von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver zu dem Zweck, die kapitalistische Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten. Die Sozialisten beider Richtungen beteiligten sich daran und versuchten, den Kommunismus zu ersticken, der die einzige wirkliche Gefahr für den Kapitalismus sei. Die Kommunisten wollen nunmehr die revolutionäre Bewegung weiterführen, steigern und vollenden.

Es ist eine Verleumdung sondergleichen, zu behaupten, die Sozialisten wollten den Kommunismus ersticken. Dabei erstreben gerade sie den Kommunismus, allerdings nicht den Bolschewismus.

Der Zusammenschluß der Bürgerlichen.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlern über einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien scheinen vorläufig gescheitert zu sein. Es dürfte sich dabei weniger um programmatische Gegensätze als um Personenfragen handeln.

Weiter wird gemeldet, daß die neue demokratische Partei wohl bereit sei, die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen in sich aufzunehmen, aber nicht die führenden Persönlichkeiten der Nationalliberalen Friedberg und Stresemann.

Trennung von Kirche und Staat in Preußen.

Die Trennung von Kirche und Staat gedenkt die Leitung des preußischen Kultusministeriums baldigst durchzuführen. Die „Germania" hört, daß das Ministerium beabsichtigt, vom 1. April ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen. Es müßten dann Geistliche auch aus den staatlichen Gebäuden ausziehen. Im Kultusministerium wird ferner der Gedanke erwogen, das Besitztum der Klöster zu verstaatlichen.

Eine erfreuliche Nachricht.

Wie aus Berlin gemeldet wird berichtet die „Freiheit", daß die Reichsregierung zur Beratung der Maßnahmen für die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige eine Kommission von Sachverständigen unverzüglich berufen wird.

Kleine Nachrichten.

Ein Telegramm des Kommandeurs der deutschen Streitkräfte im Kaukasus besagt, daß im Kaukasus alles ruhig ist und die Truppen sich wohl befinden.

Das englische Kriegsamt teilt mit: Am 17. November nahmen die britischen und russischen Truppen Baku.

In Portugal begann am 19. November der Generalstreik.

Nach einer in Amsterdam eingetroffenen amtlichen Mitteilung aus England wird eine freie Fahrrinne zwischen Holland und England angelegt, die in 10 bis 14 Tagen fertig sein wird. Hierauf wird den niederländischen Schiffen die Fahrt durch den Kanal gestattet. Sie werden Falmouth anlaufen müssen, um dort Instruktionen zu erhalten. Auch der Suez-Kanal ist wieder geöffnet.

Der Hetman der Ukraine soll gestürzt sein.

Die Ukrainer haben Sanzing im Kampf gegen die Polen, der mit der Gefangennahme der Truppen der letzteren endete, Lemberg und Borgslas genommen.

Polen.

Das neue polnische Kabinett.

Pilsudsky richtete an die Regierungen aller kriegführenden und neutralen Staaten Telegramme, worin er ihnen die Entstehung des unabhängigen polnischen Staates notifiziert, der alle Teilungsgebiete umfaßt. Gestützt auf die unter seinem Kommando stehende polnische Armee, drückte er die Hoffnung aus, daß von jetzt ab keine fremde Armee ohne Polens Einwilligung die Landesgrenze überschreite. Pilsudski richtete an die Alliierten die Bitte, die unter der Fahne der Alliierten stehenden polnischen Truppenteile sobald als möglich zu entlassen. Infolge eines Dekrets Pilsudskis und Daszynskis vom 18. November, das die Morgenblätter veröffentlichen, wurde das Kabinett mit dem galizischen Sozialisten Moraczewski an der Spitze gebildet. Die Minister sind größtenteils Sozialisten und Volksparteiler und stammen meistens aus Galizien.

Amerika.

Amerika demobilisiert allmählich. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß General Match Befehl zur allmählichen Demobilisierung aller Truppen in den Vereinigten Staaten erteilt hat, die zusammen 1 790 000 Mann zählen. Diese Ziffer umfaßt also die in Europa stehenden Truppenmassen nicht mit. Der Befehl betrifft nur die noch in der Ausbildung begriffenen Reserven.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. November.

Beginn 6 Uhr 15 Minuten. Vorsitzender Dimpker.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt der Vorsitzende eine Ansprache an die Bürgerschaft, in der er der schwer kämpfenden Truppen und der harten Waffenstillstandsbedingungen gedachte und in der ferner hervorgehoben wurde, daß man mit den neu geschaffenen Verhältnissen rechnen und vor allem dafür eintreten müsse, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird, daß dafür gesorgt wird, daß die heimkehrenden Krieger Wohnung und Arbeit finden, und daß das drohende Gespenst der Hungersnot verscheucht werde. Unser Senat habe diese Aufgaben rechtzeitig erkannt und durch glückliches Zusammenarbeiten mit dem Soldaten- und Arbeiterrat die nötigen Maßregeln und Vorbereitungen getroffen. Es gelte gemeinsam teilzunehmen an der schweren und verantwortungsvollen Arbeit, unser Staatswesen ohne Verzug auf freiheitlicher Grundlage weiter auszubauen, wodurch allen Berufsständen ermöglicht und sie auch verpflichtet werden, an der Gesetzgebung und Verwaltung unseres Staates teilzunehmen.

Vom Senatstische wird die Mitteilung gemacht, daß die gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft wegen Neugestaltung des Bürgerschaftswahlrechts Bericht erstattet habe. Der Senat beabsichtige mit Rücksicht auf die derzeitige politische Lage nicht, dem Kommissionsvorschlage zu folgen, sondern lasse eine Vorlage ausarbeiten, die das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vorsehe, die der Bürgerschaft bald zugehen werde. Gutes Einvernehmen zwischen den gesetzgebenden Körperschaften sei eine der wichtigsten Grundlagen für die weitere Entwickelung unseres Staatswesens, das sich nur auf gegenseitiges Vertrauen aufbauen könne.

Senatskommissar Dr. Kulenkamp gedenkt der aus dem Senat ausgeschiedenen Senatoren H. und Dr. G. Eschenburg und Rabe, deren Amtstätigkeit er im einzelnen würdigt. Auch der Wortführer schließt sich dieser Ehrung an.

1. Antrag: **Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerschaft.**

Löwigt gibt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die Revolution hat in Deutschland mit den Vorrechten, welche die besitzenden Klassen sich angemaßt hatten und die sie benutzten, um die übrigen Bevölkerungsschichten zu beherrschen, gänzlich aufgeräumt. Sie sind unwiderbringlich dahin. Auch in Lübeck ist in Zukunft für solche Vorrechte kein Raum mehr. Deshalb muß die lübeckische Verfassung auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt werden. Vor allem ist jetzt die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerschaft für alle Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts vom 20. Lebensjahre ab eine unbedingte Notwendigkeit. Ebenso müssen die Mitglieder des Senats aus allgemeinen Wahlen hervorgehen; die Wählbarkeit darf nicht an einen bestimmten Beruf gebunden sein. Die Amtsdauer wird auf Zeit beschränkt.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß die gegenwärtige Bürgerschaft, die ihre Zusammensetzung einem ungerechten und überlebten Klassenwahlrecht verdankt, nur einen Notbehelf darstellen darf bis zu dem Zeitpunkte, an dem die Neuwahl auf Grund des geforderten gleichen Wahlrechtes erfolgt ist. Dasselbe gilt für den Senat. Die unverzügliche Durchführung dieser Reformen wird dem Volkswillen entsprechen."

Der Senatsantrag wird genehmigt.

Ebenfalls angenommen wird der zweite Antrag:: **Aussetzung der Neuwahl für die ausgeschiedenen Senatsmitglieder.**

3. Antrag: **Schaffung eines Arbeitsamtes.**

4. Antrag: **Schaffung eines Wohlfahrtsamtes.**

Rat Dr. Link als Senatskommissar geht des näheren auf die beiden Senatsvorlagen ein, wobei er auch die grundlegenden Staatsumwälzungen streift. Die erste Vorlage bezwecke die Arbeitsvermittelung am Orte und mit den Zentralstellen, nehme sich der Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten an und habe als Wesenszug eine paritätische Zusammenarbeit aller Beteiligten. Das Wohlfahrtsamt sehe u. a. auch eine straffere Zusammenfassung der zahlreichen Fürsorgeorganisationen für die Kriegsteilnehmer vor und werde insbesondere diejenigen Kreise heranziehen, die auf diesem Gebiete praktische Erfahrungen gesammelt hätten. Zu erwägen sei auch, ob nicht die Stiftungsbehörden heranzuziehen seien.

Dr. Görtz verweist auf die einstimmige Annahme dieser Vorlagen durch den Bürgerausschuß und erwartet auch einen solchen Beschluß von der Bürgerschaft. Es gehe ein großer sozialer Zug durchs Leben, der den heimkehrenden Kriegern gerecht werden wolle.

G. Ehlers: Die Worte des Vorredners und von Dr. Link hätten wir schon lange hören müssen. Was hier geschaffen werden soll, ist von unserer Seite schon recht oft gefordert worden, aber stets auf Widerspruch gestoßen, sowohl beim Senat als auch bei der Mehrheit der Bürgerschaft. Immer sind uns wirtschaftliche Gründe entgegengehalten worden, obgleich diese Einrichtung eine Notwendigkeit für Lübeck war. Es war die Angst bei Ihnen, Sie würden dabei von Ihren Rechten etwas preisgeben. Es hat erst die Revolution kommen müssen, bis der Senat mit diesem Antrag kam. Ich hoffe, daß Arbeits- und Wohlfahrtsamt zum Wohle der Bevölkerung wirken werden und daß bei der Fürsorge für Kriegsverletzte auch Leute aus diesen Kreisen mit herangezogen werden.

Glasau begrüßt die Kreditfürsorge für den Mittelstand, vermißt aber eine solche Fürsorge für die Kleinhandwerker, die an Rohstoffen Mangel litten. Während des Krieges habe das Kleinhandwerk in die Fabrik wandern müssen und sei teils nicht so behandelt und bezahlt worden, wie es sich gehörte.

H. Thiel widerspricht, daß nur die Industrie Rohstoffe bekommen habe und das Handwerk nicht. Auch die Arbeit sei verteilt worden. Gelernte Handwerker wurden in Fabriken nicht minderwertiger behandelt.

Radden lenkt die Aufmerksamkeit auf die Beschaffung von Rohstoffen und Verkehrsmitteln, damit die Arbeiter in den Betrieben wieder eingestellt werden können. Ferner weist Redner auf die mißliche soziale Lage derjenigen Kleinhandwerker hin, die während des Krieges ihr Handwerk aufgeben mußten und bei den Behörden eingestellt wurden. Es sei noch unklar, ob diese Leute beim Zurückkehren der Stelleninhaber entlassen oder weiterbeschäftigt würden. Auch in der Konservenindustrie habe man bereits mit Entlassungen begonnen, obwohl bei gutem Willen sicher weitere Tätigkeit im Betriebe gefunden worden wäre.

Senator Dr. Neumann: Behörden wie Privatunternehmer werden alles tun, die bisherigen Kräfte weiter zu beschäftigen. Untergegangenen Eigenexistenzen soll im Wege der Kreditgewährung möglichst geholfen werden.

Dr. Görtz wünscht bei allen grundlegenden Entscheidungen oder Maßnahmen sofortige Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Abteilungen, was vom Senat als selbstverständlich bejaht wird.

Die beiden Senatsvorlagen werden endgültig und einstimmig angenommen.

Neu eingeschalteter Antrag: **Bau von Kleinwohnungen.**

Nach dieser Vorlage sollen 50 Kleinwohnungen an der Kerkringstraße in Staatsregie hergestellt werden. Die Herstellungskosten werden per Wohnung auf 11 000 Mk. berechnet.

Der Antrag wird angenommen.

5. Antrag: **Aufschließung eines Fabrikplatzes zwischen dem Kücknitzer Mühlenbach und Herrenwyk.**

6. Antrag: **Landerwerb in Westlor.**

Werden endgültig angenommen.

7. Antrag: **Bestattung von Kriegsteilnehmern.**

Im letzten Antrag fordert Dr. Langenheim Kommissionsberatung, die

Buchwald dadurch unterstützt, daß er empfehlenswert hält, eine organische Verbindung des Ehrenfriedhofes nach dem Tornei zu zu schaffen, anstatt wie vorgesehen eine getrennte Ruhestatt in den Sandbergstannen.

Dr. Görtz hält eine Verlegung nach dem Tornei für ausgeschlossen. Gartenbauinspektor Mauß habe bisher nur Gutes geschaffen; auch die jetzige Lösung sei glücklich ausgedacht.

Dr. Eschenburg betont, daß die Geschichte des jetzigen Friedhofes gerade lehre, daß sich der Tüchtigste einmal verweisen könne. Herrn Buchwalds Auffassung treffe das Richtige.

Kommissionsberatung wird beschlossen.

In die Kommission werden gewählt: Buchwald, Dr. Eschenburg und Dr. Langenheim. Ersatzmann ist Hoff.

8. Antrag: **Aenderung des Gesetzes betr. die Gesindekrankenkasse.**

Hoff bittet, den Senatsantrag abzulehnen und der Mehrheit der Kommission zu folgen und die Gesindekrankenkasse aufzuheben. Seine Fraktion habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß derartige Ausnahmegesetze beseitigt werden müßten. Mit den Beiträgen sei bei den zu erwartenden hohen Ausgaben nicht auszukommen, denn die Aerzte würden ganz erhebliche Mehrforderungen stellen. Die Gesindekrankenkasse sei auch schon hinfällig, weil die Reichsleitung sämtliche Gesindeordnungen aufgehoben habe. Für die Mitglieder werde durch die Aufhebung der Kasse etwas Gutes geschaffen, denn bisher seien ihnen bei Uebertritt in eine andere Beschäftigung nur Nachteile erwachsen, da sie in der Ortskrankenkasse erst neue Rechte erwerben mußten. Redner ersucht um Ablehnung des Senatsantrages und um Aufhebung der Gesindekrankenkasse.

Rat Dr. Lange verteidigt die Stellungnahme des Bürgerausschusses, der die Berechtigung der Gesindekrankenkasse dartue. Klagen gegen die Kasse seien seit ihrem Bestehen nicht erhoben worden, und das spreche für ihre Güte. Selbst erheblich wachsenden Ausgaben sei die Kasse gewachsen. Ueber das Recht der Aufhebung der Gesindeordnungen durch die Volksbeauftragten könne man sehr wohl Zweifel hegen, da eine Bestimmung des bürgerlichen Gesetzbuches in Frage käme.

Dr. v. Brocken spricht für den Mehrheitsantrag der Kommission und

Scheither sieht fehlende Garantien für die dauernde Leistungsfähigkeit der Kasse.

In der weiteren Debatte sprechen noch Dr. v. Brocken, Scheither, Albers, Dr. Eschenburg, Bruns und Hoff. Dieser erklärt Rat Dr. Lange gegenüber, daß im Arbeitersekretariate manche Klagen über die Kasse eingegangen seien und dessen Vermittelung nur sei es zu danken, daß Härten vermieden wurden. Im übrigen bilde die Kasse ein Ausnahmegesetz zugunsten der Herrschaften in der Stadt, während sich diejenigen auf dem Lande längst mit der Versicherung in den Ortskrankenkassen abfinden mußten.

Der Senatsantrag und ein Antrag Hoff um Aufhebung der Gesindekrankenkasse wurden angenommen.

9. Antrag: **Bewilligung von 15 000 Mk. für den Arbeiterrat.**

10. Antrag: **Nachträgliche Bewillugung und Anweisung der Behörden im Rechnungsjahre 1917 aus Anlaß des Krieges entstandenen außerordentlichen Ausgaben.**

11. Antrag: **Erweiterungsbau für die Schule in Rückniß.**

12. Antrag: **Bereitstellung von 3 200 000 Mk. für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften.**

13. Antrag: **Nachbewilligung für die Behörde für das Feuerlöschwesen.**

14. Antrag: **Außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges.**

Werden mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schluß 8,35 Uhr.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 21. November.

Aufruf!

Soldaten!

Die Parole für Euch heißt heute: „Arbeiten!“ Deutschland steht vor der Hungersnot und Verarmung, wenn in der jetzigen Zeit das Wirtschaftsleben wegen Mangel an Arbeitskräften gefährdet oder unterbunden wird. Eure Kraft gehört dem Vaterlande, nutzt sie aus indem Ihr Euch zur Arbeit drängt. Es ist Pflicht eines jeden Soldaten, am wirtschaftlichen Fortkommen des Vaterlandes mitzuarbeiten. Das Herumlungern auf den Straßen muß aufhören.

Der Wille zur Arbeit, ist der Wille zum Frieden!

Durch die Rückgabe der Gefangenen liegt die Befürchtung nahe, daß für die Volksernährung hochwichtige Betriebe ins Stocken geraten. Es handelt sich in der Hauptsache um die Licht-, Feuerung- und Lebensmittelversorgung der Stadt Lübeck. Es ist vorgekommen, daß sich Soldaten weigerten, eine Arbeit zu übernehmen, da die Kriegsunterstützung für Frau und Kinder, sowie die Löhnung und Verpflegungsgeld ihnen ermöglichten, auch ohne Arbeit ihre Familie durchzubringen. Das soll und muß aufhören! Um diesem Mißbrauch der staatlichen Unterstützung entgegenzutreten,

sieht sich der Soldatenrat veranlaßt, bei Vorkommnissen obenerwähnter Art die Kassen für Unterstützungen zu sperren.

Soldaten, die für einen Wirtschafts- oder vor allen Dingen Eisenbahnbetrieb kommandiert oder entlassen sind, dürfen auf keinen Fall selbständig ihre Arbeit niederlegen. Solches hat nur im Einverständnis mit den zuständigen Behörden (Kommandierte: Garnison-Facharbeiter-Abteilung, Entlassene: Bezirkskommando) zu erfolgen.

Lübeck, den 20. November 1918.

Der Soldatenrat.
Hans Zeitz.

Der achtstündige Arbeitstag

soll nach einem am Dienstag veröffentlichten Beschluß des Soldaten- und Arbeiterrats vom Donnerstag, dem 28. November, ab in allen Betrieben des lübeckischen Staatsgebiets eingeführt werden. Sämtliche Behörden, Fabriken, Handelsbetriebe, Gesellschaften, Organisationen aller Art, sowie alle übrigen Arbeitgeber haben sich bis zu diesem Tage mit den Berufsorganisationen, Gewerkschaften ihres Gewerbes, oder mit ihren Beamten, Arbeitern und Angestellten direkt über die Regelung der Einführung des Achtstundentages, Arbeitszeit und Entlohnung zu einigen. Beim Fahrpersonal der Straßen und Eisenbahn findet diese Bestimmung insofern Anwendung, als die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten darf.

Mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit hat eine alte Arbeiterforderung, um die schon schwere und opferreiche Kämpfe geführt worden sind, und für die im Frieden alljährlich bei der Maifeier die Massen demonstrierten, ihre Erfüllung gefunden. Die immer mehr zunehmende Intensität der Arbeit, das damit verbundene Hasten und Jagen, erfordert gebieterisch die Beschränkung der Arbeitszeit. Bei den gegenwärtigen schlechten Ernährungsverhältnissen, die einen Ersatz der verbrauchten Kräfte gänzlich ausschließen, sind täglich acht Stunden Arbeitszeit wohl das Maximum dessen, was geleistet werden kann.

Schon im Frieden haben vorurteilsfreie bürgerliche Sozialpolitiker eingesehen, daß der Achtstundentag berechtigt ist. Sie haben dabei nachgewiesen, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der ganzen Menschheit liegt und nicht einmal eine besondere Schädigung der Kapitalisten im Gefolge hat. Lange Arbeitszeiten sind kulturwidrig und schädigen Körper und Geist.

Es ist nur zu wünschen, daß auch in den übrigen Ländern die achtstündige Arbeitszeit zur Durchführung gelangt, damit die Stellung unseres Landes im später wieder einsetzenden Konkurrenzkampf nicht erschwert wird.

Im Interesse der Arbeiter ist die Einführung des Achtstundentages nur zu begrüßen. Daß er in den meisten Betrieben ohne weiteres durchführbar ist, erscheint unzweifelhaft. Wo Schwierigkeiten vorhanden sind, müssen sie im Verhandlungswege überwunden werden. Vor allem aber heißt es, das Errungene festzuhalten und zu sichern.

Die Bürgerschaft

hielt am Dienstag ihre erste Sitzung nach der Revolution ab. Es herrschte noch eine etwas gedrückte Stimmung. Von den phantastischen, hochfliegenden Eroberungsplänen, die einst manche ihrer alldeutsch-vaterlandspatriotischen Mitglieder berauschten, ist nur der Katzenjammer übrig geblieben. Das klang auch aus den Ausführungen des Wortführers heraus, der hervorhob, daß man sich den Abschluß des Krieges ganz anders gedacht habe. Die Hoffnungen auf einen Frieden der Gerechtigkeit sind enttäuscht. Wie kann man aber selbst auf einen Frieden der Gerechtigkeit hoffen, wenn man, sofern die Macht es gestattet hätte, nicht selbst Gerechtigkeit üben wollte! Im übrigen betonte Herr Dimpker das glückliche Zusammenarbeiten des Senates mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, sowie die Notwendigkeit des freiheitlichen Ausbaues unseres Staatswesens. Dann folgten anerkennende Worte für die ausgeschiedenen älteren Senatsmitglieder. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion ließ durch Genossen Löwigt erklären, daß eine schleunige Umgestaltung unserer Verfassung und die Schaffung eines Wahlrechts für alle Zwanzigjährigen ohne Unterschied des Geschlechts unbedingt notwendig sei. Ebenso eine Reform der Senatswahl. Der bestehende Zustand sei nur ein Notbehelf. Angenommen wurden darauf die Senatsanträge betr. Hinausschiebung der Senatswahl und Aenderungen der Bestimmungen über die Senatswahl.

Beschlossen wurde der staatliche Eigenbau von 50 Kleinwohnungen, die einen Kostenaufwand von 550 000 Mark erfordern. Die Schaffung eines Arbeitsamtes und eines Wohlfahrtsamtes gab Genossen Ehlers Gelegenheit zu dem Hinweis, daß man früher das Arbeitsamt, das sehr notwendig sei, abgelehnt hätte, als die Sozialdemokratie es wiederholt forderte. Genosse Radden äußerte dabei Wünsche bezüglich der Arbeiter, deren Entlassungen man verhindern müsse. Rat Dr. Link vertrat die Vorlage, die einstimmige Mitgenehmigung fand, sehr sachkundig. Zu einer längeren Debatte kam es bei dem Gesetz über die Gesindekrankenkasse. Besonders Genosse Hoff, sowie Genosse Bruns forderten die Aufhebung der Gesindekrankenkasse. Ein entsprechendes Ersuchen wurde angenommen. Die übrigen Senatsanträge wurden ebenfalls durch Annahme erledigt.

Abschied der Kriegsgefangenen.

Im Laufe des schier endlosen Krieges haben Millionen der Kämpfer das Unglück oder — wie manche meinen — das Glück gehabt, in Gefangenschaft zu geraten. Das Los vieler dieser Leute war bitter und bedauernswert. Unter fremden Menschen, deren Sprache sie meist nicht verstanden, bei schmaler Kost und oft ungewohnter anstrengender Arbeit mußten sie Jahre ihres Lebens freudlos verbringen. Doch gab es auch Männer unter ihnen, die sich mit ihrer neuen Umgebung anfreundeten, die auch unter „Feinden“, die ja im Grunde ebenso schuldlos an dem frevelhaften Blutvergießen wie sie waren, gleich empfindende Menschen fanden und gewissermaßen in deren Familie aufgenommen wurden. Da blieb es denn auch nicht aus, daß sich hier und dort zärtliche Bande anknüpften, denn die Sprache des Herzens ist eine Weltsprache, die man nicht besonders zu erlernen braucht und die man dennoch allgemein versteht. So war es bei uns in Deutschland und so wird es wahrscheinlich auch bei unseren Gegnern sein.

Nun steht der Friede vor der Tür. Einmal aber endet jedes Weh der Welt! Und die Gefangenen rüsten zur Heimkehr in ihr Vaterland; sie nehmen Abschied von der Fremde, glücklich, wer auf ein frohes Wiedersehen mit den Seinen hoffen darf. Nicht ohne Schmerz scheiden die, welche bei Mädchen mehr als eine freundliche Aufnahme fanden. Und deren sind nicht wenige. So konnte man an den letzten Tagen auf dem hiesigen Bahnhofe beobachten, wie Engländer, Franzosen, Russen ihren deutschen Freunden und Freundinnen Lebewohl sagten. Dabei ging es nicht ohne einige harmlose Küsse und Umarmungen ab. Man darf sicher sein, daß auch unsere Feldgrauen beim Scheiden aus Feindesland Händedrücke und Zärtlichkeiten gewechselt haben. Und nicht nur die Mannschaften, denn die Liebe ergreift alle Kreise. Spießbürgerlich borniert erscheint es deshalb, wenn der hiesige „General-Anzeiger“ über diese „ungehörigen Abschiedsszenen“ die Nase rümpft und davon redet, daß junge Mädchen sich nicht genieren, von ihrem Verhältnis zu den Gefangenen der Oeffentlichkeit Kenntnis zu geben. Sind die Gefangenen nicht ebenso gut Menschen wie wir?! Gegen Heimlichkeiten scheint das Blatt nichts einzuwenden haben; wie so manche Menschen, deren Tugend darin besteht, sich nicht erwischen zu lassen.

Höhere Preise für Weißkohlsauerkraut.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ die diesjährigen Preise für Weißkohlsauerkraut. Der Kleinverkaufshöchstpreis beträgt 33 Pfennige je Pfund. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre, in welchem er sich nur auf 25 Pfennige stellte, beruht weniger auf der allgemeinen Steigerung der Herstellungs- und Handelsunkosten, als vor allem darauf, daß diesmal die Preise für Weißkohl- und Rübensauerkraut getrennt gehalten werden. Es ist daher nicht möglich, das Weißkohlsauerkraut auf Grund einer Ausgleichsberechnung in diesem Jahre wiederum zu einem Satze abzugeben, der hinter den Entstehungskosten zurückbleibt. Ferner bedurfte die Entschädigung des Kleinhandels gegenüber dem unzureichend gewordnenen Satze des Vorjahres einer mäßigen Erhöhung.

Die Preise für Kunsthonig erhöht.

Die Erhöhung der Zuckerpreise hat eine Neuregelung der Kunsthonigpreise erforderlich gemacht. Nach der vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes erlassenen Verordnung über Kunsthonig vom 8. November 1918 beträgt der Kleinhandelspreis für Kunsthonig bei Abgabe in Paketen oder Dosen bis zu 1 Kilogramm Reingewicht 80 Pfg. einschließlich Verpackung, bei losem Verkauf (Ausstich aus größeren Gefäßen) 78 Pfg. für das Pfund. Das bedeutet eine Erhöhung um 5 Pfg.

Mündliche Abmachungen haben keine Gültigkeit. Diese Klausel kann man in einer großen Zahl von Formularbestellscheinen finden. Besonders gern bedienen sich ihrer solche Versandfirmen, die ihre Bestellungen durch Reisende aufsuchen lassen. Die Firmen geben sich nicht die Mühe, vor der Anstellung der Reisenden über deren Ruf und Vorleben Erkundigungen einzuziehen. Ja, sie unterlassen es geflissentlich und sind froh, wenn sie einen besonders gerissenen, skrupellosen Reisenden bekommen. Um sich nun gegen die Einwendungen der Kunden, soweit sie das schwindelhafte Vorgehen der Reisenden betreffen, zu schützen, nehmen sie die obige Klausel in ihren Bestellscheinen auf. Wenn ja auch die Klausel die betrogenen Kunden nicht recht- und schutzlos macht und trotzdem der Betrugseinwand vor Gericht zu beachten ist, so wird doch durch sie eine wesentliche Erschwerung der Rechtslage des Kunden herbeigeführt. Der Kunde muß nämlich den Beweis erbringen, daß er betrogen worden ist. In der Mehrzahl der Fälle wird ihm dieser Nachweis sehr schwer, ja sogar unmöglich sein; denn die Schwindelreisenden verstehen es, die Verhandlungen in Zeugenabwesenheit zu führen. Sie selbst aber als Zeugen benannt, werden natürlich stets in einem ihnen günstigen dem Kunden also nachteiligen Sinne aussagen. Ob sie sich dabei einer Eidesverletzung schuldig machen, das tut bei ihnen nichts. Gewiß gibt es auch viele anständige Reisende. Aber die Zahl der Schwindelreisenden, worunter auch viele Frauen sind, ist groß. Daher ist stets Vorsicht gegenüber unbekannten Reisenden geboten. Unübersichtliche Formularbestellscheine, besonders solche mit unverständlichen Bemerkungen und der eingangs erwähnten Klausel unterschreibe man nie.

pl. **Im Stadttheater** wurde gestern „Carmen“ aufgeführt; erstmals an einem Lübecker Bußtage. Eine fesselnde, gut durchdachte Leistung bot Fräul. Kolkowsky vom Hamburger Stadttheater in der Titelpartie. Diese Carmen mit etwas jüdischem Einschlag war katzenhaft in ihrem Wesen und hatte rassiges Temperament. Ihrem vollen, sonoren Alt mangelte nur etwas Modulationsfähigkeit; in der Höhe sprach er weniger an. Neu war ferner der Jose des Herrn Wagner, dessen wirkungsvolle Darstellung und beseelter Gesang aller Anerkennung wert waren.

Nicht werben! Die Industrie soll für die Uebergangszeit Arbeit schaffen; sie braucht dazu Treibriemen. Der Kriegsbetrieb hat das Vorhandene verschlissen. Notiger als je ist es darum, daß alle Frauen und Mädchen ihre ausgekämmten Haare der Sammelstelle der Kriegsbrockensammlung, Salzspeicher, einliefern. Es werden für 100 Gramm Haare 70 Gutscheine ausgehändigt. Wer in der Zeit vom 21. bis 29. November 250 Gramm Haare abliefert, erhält außerdem ein halbes Pfund Marmelade oder Honig. Jeder Abliefernde hat Anrecht auf ein Freilos. Verlost werden Schulsachen, Spielzeug, Lebensmittel. Der Wirtschaftsausschuß der Kriegsbrockensammlung bittet dringend, ihn auch diesmal wirksam zu unterstützen.

Stadttheater Lübeck. Am Sonntag, den 24. November, vormittags 11 Uhr, findet im Stadttheater eine Einführungs-Vormittagsvorstellung statt. Herr Kapellmeister Mannstaedt wird den 2. Vortrag aus dem Zyklus „Das Verhältnis von Stoff und Darstellung der dramatischen Musik“ halten, und zwar wesentlich über Erich Wolfgang Korngolds „Der Ring des Polykrates.“ Zur Erläuterung der Musik werden Mitwirkende wie Frau Hilde Eberbach von Alpenburg, Fräulein Annemarie Gander, Herr Rogland, Pfeifer und Ludewigs einzelne Partien des Werkes zum Vortrag bringen. Karten sind an der Theaterkasse zu haben. Preise der Plätze: 1. Rang Balkon, Logen, Sperrsitz, Parkett und Parterre 1 Mk., 2. und 3. Rang 50 Pfg.

Eutin. Ein Rat der vereinigten Berufe für die Provinz Lübeck wurde hier am Sonntag nach einem Referat von Dr. Görtz-Lübeck in einer stark besuchten Versammlung gegründet. Der Arbeiterrat ließ erklären, daß er bereit sei, mit diesem Rat zusammen zu arbeiten. Der engere Arbeitsausschuß besteht aus: H. Steenbock-Eutin, H. Braasch-Eutin, Mentz-Hörsten, Leo Weiß-Eutin, G. Renken-Eutin, Dohm-Brackrade, Klewe-Eutin. Geschäftsführung: Das Geschäftszimmer des Ausschusses befindet sich bei Herrn Georg Renken-Eutin, Plönerstraße 45, Fernsprecher 209. Gewählte für den Arbeiter- und Soldatenrat: H. Steenbock-Eutin, Georg Renken-Eutin, Dohm-Brackrade. Stellvertreter: Klewe-Eutin, Mentz-Hörsten, Leo Weiß-Eutin.

Schwerin. Hinausschiebung des Wahltermins zur Konstituante für Mecklenburg-Schwerin. Es war mitgeteilt worden, daß die Volksregierung in Mecklenburg-Schwerin als Wahltag für den gesetzgebenden Landtag den 15. Dezember in Aussicht genommen habe. Die Absicht war, die Konstituante sobald wie nur irgend möglich zusammentreten zu lassen. Es hat sich aber herausgestellt, daß die technischen Vorarbeiten für die Wahl, wie Anfertigung der Listen usw., doch nicht so schnell erledigt werden können, so daß der Termin erheblich später gelegt werden muß. Dafür spricht insbesondere auch der allgemeine Wunsch, den aus dem Felde Heimkehrenden, soweit nur irgend denkbar, die Ausübung des Wahlrechts zu sichern. Aus diesen Notwendigkeiten heraus wird die Wahl für die Konstituante in Mecklenburg-Schwerin erst wesentlich später stattfinden.

Harburg. Von der Straßenbahn getötet. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf der 1. Wilsdorfer Straße. In der Nähe der Elisenstraße versuchte der Bäckergeselle Hermann Hartwig aus der Bonusstraße, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 33 zu springen. Er verfehlte das Trittbrett, fiel zwischen Motor- und Anhängewagen und wurde etwa 400 Meter weit mitgeschleift. Die Leiche konnte erst freigemacht werden, als der Anhängewagen mit einer Winde gehoben worden war.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Achtstundentag. Seit Montag ist, wie uns telegraphisch berichtet wird, in sämtlichen Betrieben in Mainz der Achtstundentag durchgeführt.

Wirtschaftliches.

Sensationelle Dividendenpolitik.

Zu Kriegsbeginn wurden die Dividenden gegenüber den Schätzungen und Vorkriegen meist wesentlich erniedrigt. Demgegenüber ist bisher eine Aenderung in der Dividendenpolitik im allgemeinen nicht eingetreten. Eine unrühmliche Ausnahme davon machen die Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G. in Remscheid. Diese Gesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender Herr Dr. Walter Rathenau ist, hat im Kriege an Edelstahlen kolossal verdient. Sie hatte bereits zu Beginn dieses Jahres eine Kapitalerhöhung zur Verwässerung ihres Kapitals vorgenommen und die jungen Aktien im Vergleiche zu den alten den Aktionären spottbillig angeboten. Trotzdem konnte sie eine Dividende von 25 Prozent und einen Gutschein von 15 Prozent, also insgesamt 40 Prozent, in diesem Jahre verteilen und eine Million Mark als Rückstellung zur Verfügung einer späteren Generalversammlung vortragen. In der jüngsten Generalversammlung schlug aber Dr. Walter Rathenau vor, diesen Fonds sofort zur Verteilung zu bringen und die gesamte Ausschüttung auf 65 Prozent zu erhöhen. Diese enorme Dividende ist nur deshalb bezahlt worden, um die reichen Mittel der Gesellschaft dem Zugriff des Staates zu entziehen. Ein so unpatriotisches Geschäftsgebaren erfährt selbst in rein kapitalistischen Blättern, wie der „Frankfurter Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ scharfe Kritik. Die „Kölnische Zeitung“ fragt, ob eine derartige Ausschüttung von Riesengewinnen bei den heutigen Zeitverhältnissen sowohl unter rein geschäftlichen wie unter allgemein sozialen Gesichtspunkten zweckmäßig erscheinen könne. . . . Natürlich verneint sie diese Frage unbedingt. Daß aber eine Gesellschaft, an deren Spitze der republikanische Demokrat Dr. Walter Rathenau, Verfasser zahlreicher Werke über Gemeinwirtschaft und sittliche Neuschöpfung, stehe, gerade so hart, habe allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Wie diese Geschäftspolitik gerade im Remscheider Bezirk gewirkt habe, könne man sich leicht vorstellen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Hoffend auf ein baldiges Wiedersehen erhielten wir plötzlich und unerwartet die traurige Nachricht, daß unser herzensguter Sohn

Johannes

Inh. d. Eiser. Kreuz. II. Kl. u. d. Hen ca. ulteuzes dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. (5840

In tiefer Trauer

Peter Seidenfad u. Frau
Hermann Seidenfad u. Frau geb. Groth
Heinrich Groth und Frau geb. Seidenfad
Karl Teß und Frau geb. Seidenfad
Familie Hugo Boysen
Alwine Boysen als Braut.

Deutscher

Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Durch Unglücksfall verstarb unser lieber Kollege

Johann Zell.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

5842 **Die Ortsverwaltung.**

Maurer u. Bauarbeiter

stellt sofort ein

A. Fasel, Baugeschäft.

5837 Travelmannstr. 11 p.

Gr. Werkstelle

m. od. o. Boden zu sof. od spät z. verm. Meierstr. 21. 5831

Ein leeres Balkonzimmer

zu vermieten. (5834

Kottwitzstr. 19. I.

---

1 P. D.-Stiefel Gr. 39, gegen Knaben-Stiefel, Gr. 35, zu tausch. Daselbst schwarzer st. Herrenhut 57½, zu verkaufen. (5820

Warendorpstr. 58, II.

---

2 Verr.-Kocher u. 1 Kinderw. z. verk. (5851) Kahlhorststr 53, I.

Kl. Reitung mit Soldaten zu verkaufen. 5830

Kahlhorststraße 44 a.

Wegen Platzmangel ein kleiner **Kastenwagen** zu verkaufen.

5850 Hundestr. 14 p.

Zu verkaufen eine gut erhaltene **Puppenstube,** (5847

Meierstraße 28 I.

Kinderwagen, Peddigrohr, zu verk. (5844) Gr. Burgst. 11 I r.

Möbel!

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen-Einrichtungen, sowie sämtliche Einzel-Möbel zu bekannt billigen Preisen. (5839

Vereinigte Möbelkaufhäuser Königstr. 73 (Ecke Hüxstraße) und Hüxstraße 47.

Eigene Puppen-Klinik!

Puppen-Reparaturen bitte möglichst schon jetzt 5823) einzureichen.

Ausführungen prompt.

C. Bliesath Wwe.,

Inh.: Carl Landwehr.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Spar.-V.

Kameraden!

Voll Trauer im Herzen sehen wir Kriegervereine die stürmische Entwicklung des Neuen, das plötzlich über uns hereingebrochen ist. Wir Alten, die wir Kaiser und Reich und die Einheit des deutschen Volkes haben schaffen und erkämpfen helfen, und die jüngere Generation, die an der Größe des Reiches und dem wirtschaftlichen Fortschritt des Volkes mitgearbeitet hat, wir haben, getreu unserem Fahneneide, unser Leben lang in der Monarchie das Heil der Nation gesehen.

Ueber allem aber steht das Vaterland, steht die Sorge für die Einheit unseres Volkes, die Sorge für den Schutz der Ordnung!

Der neue Reichskanzler Ebert hat die Andersgesinnten um ihre Mitarbeit ersucht, um das Volk vor Bruderkrieg, Hungersnot und Anarchie zu bewahren. Im Interesse des Volkes und des Vaterlandes muß Folge geleistet werden.

Wir fordern daher unsere Kameraden auf, im Interesse des deutschen Volkes hinter der jetzigen und in Zukunft hinter jeder vom Volke anerkannten Regierung zu stehen und sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung zu stellen.

Unsere großen wirtschaftlichen Arbeiten werden weitergeführt! Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, für die hinterbliebenen Witwen und Waisen der Gefallenen, für die bedürftig heimgekehrten Kriegsteilnehmer erfordert alle unsere Kraft und Arbeit. Die besten Grundlagen hierfür sind in unseren seit fünfzig Jahren ausgebauten Wohlfahrtseinrichtungen gegeben; es gilt, sie weiter zu entwickeln. Diesen wichtigen Aufgaben wollen wir alle unsere Kräfte widmen!

Vorstand des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände.

Kameraden! Wir schließen uns dem obigen Aufrufe vollinhaltlich an. Unser aus 23 Vereinen zusammengesetzter Landeskriegerverband, dem über 4000 Kameraden angehören, steht gerade in der Gegenwart vor großen schweren Aufgaben, die restlos zu erfüllen kameradschaftliche Pflicht ist. Auch unser Verband hat seit Jahrzehnten eifrig soziale Arbeit geleistet. Wir wollen wie bisher in Not geratene Kameraden, Witwen und Waisen tatkräftig unterstützen. Wir wollen die für das Vaterland gestorbenen Helden wie nun schon seit 4 Jahren zur letzten Ruhe nach dem Ehrenfriedhof geleiten. Wir wollen den heimgekehrten Kriegern, die infolge der Strapazen des Krieges der Erholung bedürfen, ein Heim auf dem Lande schaffen, in dem sie in Ruhe die alte Frische wiedergewinnen sollen.

Schwer ist die Zeit. Verdoppeln wir unsern Eifer, die Wunden zu heilen, die der blutige Krieg den Kameraden geschlagen hat.

So wollen wir hineingehen in die neue Zeit: Treu dem Volke, treu dem gebeugten aber dank seiner inneren Kraft nicht niederzuringenden Vaterlande. 5834

Kameraden, auf an die Arbeit!

Der Vorstand des Landes-Kriegerverbandes Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Holstenstraße 25/33. Lübeck.

Billige Spielwaren

Gekleidete Puppen
65 ₰ 95 ₰ 1.75 2.50 bis 50.00

Charakter-Baby
75 ₰ 1.55 2.95 4.50 bis 35.00

Unser Schlager
Puppe „Gretchen" 3.75
ca. 52 cm groß, mit Schlafaugen u. Perücke

Puppen-Bälge
45 ₰ 95 ₰ 2.25 3.75 bis 15.00

Puppen-Köpfe
35 ₰ 75 ₰ 1.25 2.15 bis 10.00

Puppen-Stuben
3.25 5.50 7.95 9.50 bis 98.00

Puppen-Küchen
2.85 5.75 7.50 8.75 bis 27.00

Räder-Pferde
20 ₰ 65 ₰ 1.10 1.65 bis 30.00

Pferde-Ställe
2.25 2.75 4.25 5.95 bis 65.00

Krämer-Läden
1.75 2.10 3.50 4.95 bis 60.00

Tiere im Karton
95 ₰ 1.45 1.65 2.25 bis 14.00

Eisenbahnen im Karton
2.95 3.95 4.50 5.95 bis 50.00

Trompeten und Trommeln
70 ₰ 95 ₰ 1.25 2.25 bis 15.00

Säbel und Gewehre
1.25 1.75 2.75 3.75 bis 25.00

Aufziehfiguren, Automobile, Schiffe
Gesellschaftsspiele in reicher Auswahl.

Gefunden eine Decke

Ecke Sachstr. u. Schwart. Allee (5853). Abzuh. Schwart. Allee 92

Nähmaschinen

reparieren schnell u. gut (5836

H. Kruse, An d. Reuter 56

Spezial. Mech. d. Singer-Nähm.

Vergrößerungen

unter Garantie (5835

Photo-Atelier Labeca, Breite-str. 13.

Versand von Hefe

5852) Braunstraße 22, I

Tonhalle

Schmiedestraße 20. Schmiedestraße 20.

Nur kurze Zeit

Nur 7 Tage! Ab morgen!

Der politische Großfilm, ein Film der Stunde!

Ferdinand Lassalle

des Volkstribunen Glück und Ende: 1 Vorspiel u. 6 Akte.

Vaterland und Freiheit

sind die ewigen Ideale der Menschheit.

HÖCHSTE TRAGIK

ist das Leben des Mannes, der im Kampf um Liebe untergeht. Sein persönliches Schicksal verhindert den

Sieg der Idee

aber wenn der Meister auch fällt:

das Werk lebt!

Was tut es, ob auch der Schöpfer dahingeht?
Sein Werk muß bleiben, muß immer von neuem geboren werden, von Jugend zu Jugend.

19. Mai 1864. Ferdinand Lassalle.

Der Film ist ohne Ausschnitte von der Zensur freigegeben und daher voll in Handlung. 5857

Täglich um 4⁰⁰, 6²⁰ und 8⁴⁰ Uhr.

Ich übe die Anwaltspraxis wieder persönlich aus. Mein Bureau verbleibt bis auf weiteres bei dem Bureau der Rechtsanwälte Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen, Kohlmarkt 7.

Lübeck, im November 1918. 5832

Steinbömer, Rechtsanwalt.

Rat der vereinigten Berufe

Königstraße 5. 5864

Fernsprecher jetzt 733.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Achtung Hafenarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

der Schauerleute, Kohlen- u. Kaiarbeiter am Sonnabend, 23. November

abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

Neuregelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund der Bestimmungen des A.- und S.-Rates.

Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen!

Das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

5846) **Der Vorstand.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. ehemaligen Kriegsteilnehmer.

(Sitz Berlin) Ortsgruppe Lübeck

Mitglieder-Versammlg.

am Freitag, 22. November

abends 8 Uhr

im Restaurant des Hrn. Ehlers, Hüxstraße 110.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Kameraden dringend geboten.

3862) **Der Vorstand.**

Deutscher

Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

Betriebs-Versammlung

Freitag, d. 22. d. Mts.

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50-52

Tagesordnung:

Der 8-Std.-Tag u. Lohnregulierung

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Eisenbahners zu erscheinen.

5841) **Der Bluberufer.**

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der

Bauklempner

am Freitag, 22. November

abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52

Tagesordnung:

Besprechung über Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.

Alle Bauklempner müssen erscheinen.

Einer sage es dem andern!

5848) **Die Ortsverwaltung.**

Hansa-Theater.

Freitag abends 7 Uhr

Die tolle Komteß.

Operette von Walter Kollo.

Sonnabend:

Die Csardasfürstin

Sonntag 3 Uhr:

Schneewittchen.

Abends 7 Uhr: (5863

Sah ein Knab' ein Röslein stehn.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 5835

Donnerstag, den 21. November

Frühlings Erwachen

Gelbe Karten.

Freitag, den 22. November

Tannhäuser.

Sonnabend, den 23. November

Rose von Stambul.

Nr. 273
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 21. November 1918

Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins

an die Kreis- und Ortsvorstände, an die Mitglieder!

Eine neue Zeit, das sozialistische Zeitalter, ist angebrochen. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind keine leeren Schlagworte mehr. Was gestern noch ein Traum, ist heute der Verwirklichung nahe gekommen. Noch sind wir nicht ganz am Ziele! Es müssen alle Kräfte mobil gemacht werden, um das Errungene zu halten, das Kommende zu sichern. Diese Aufgabe haben unsere Organisationen zu erfüllen. **Eine kräftige, stolze und machtvolle Organisation ist die stärkste Sicherung.**

Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei, die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter sind aufgehoben, so verkündet mit Gesetzeskraft die neue Regierung.

Diese Freiheiten gilt es auszunutzen.

Ueberall in Stadt und Land müssen unverzüglich **Versammlungen einberufen,** die neue Lage besprochen werden. In diesen Versammlungen muß eine Propaganda für unsere Organisation in höchster Form zur Entfaltung gebracht werden. Große Aufgaben haben jetzt die leitenden Personen unserer Organisationen zu bewältigen. An die Ortsvereine, die Vertrauensleute ergeht die Aufforderung, nicht erst zu warten, bis alles von oben angeordnet wird. **Jeder Ortsverein hat jetzt die Pflicht, selbständig vorzugehen und die Stunde zu nutzen.** Nicht immer müssen es geschulte Redner sein, um eine Versammlung über die Notwendigkeiten der Zeit aufzuklären.

An Stelle des vielen Redens muß jetzt das Handeln treten. Der Ortsverein Kiel hat in der Zeit vom 1. bis 15. November 1015 Mitglieder aufgenommen, ein Beweis, wie groß der Zustrom zu unseren Organisationen ist, ein Zeichen, daß die Arbeiterschaft erkennt, worauf es ankommt. Angesichts dieses Beispiels fordern wir die Parteimitglieder in Stadt und Land allesamt zur tätigen Mitarbeit und Nacheiferung auf.

Nur eine mächtige Organisation kann das im Entstehen Begriffene vollenden und sichern.

Darum allesamt hinein in die sozialdemokratische Parteiorganisationen! muß die Parole sein.

Vorwärts dem Sozialismus entgegen!

Mit Parteigruß!

Der Bezirksvorstand. J. A.: H. Kürbis.

Die Arbeiterräte Groß-Berlins

hielten am Dienstag morgen im Zirkus Busch unter sehr starker Anteilnahme eine allgemeine Versammlung ab. Das Mitglied des Vollzugsausschusses Richard Müller erklärte es als den Zweck der Versammlung, den Arbeiterräten ein Bild der augenblicklichen politischen Situation und einen Bericht über die bisherige Arbeit des Vollzugsausschusses zu geben. Die Arbeiter- und Soldatenräte und der aus ihnen hervorgegangene Vollzugsausschuß trafen außerordentlich schwierige Verhältnisse an. Die Ernährung der Bevölkerung und die Verpflegung der Soldaten mußten sichergestellt werden. Der Kommandant von Berlin, Wels, und Polizeipräsident Eichhorn haben sich auf diesem Gebiete sowohl wie bei der Herstellung der Sicherheit große Verdienste erworben. Der Redner besprach dann die drohende Gegenrevolution. Es bestand der Plan, gegen diese Gefahr eine Rote Garde zu gründen. Als sich jedoch die Soldaten bereit erklärten die Revolution zu schützen, wurde dieser Plan fallen gelassen. Eine weitere Gefahr bildeten die überall aus dem Boden schießenden „Ausschüsse", die in den ersten Tagen heillose Verwirrung stifteten. Die nächsten Aufgaben, die Hand in Hand mit der Reichsregierung erfüllt werden müssen, sind die Rückführung und Demobilisierung der Fronttruppen, die Regelung des Sanitätswesens, die Stabilisierung der Verhältnisse in den Kommunalverwaltungen und die endgültige Sicherung der Ernährungsverhältnisse. Auch die bisher bestandenen Kriegsgesellschaften müssen manchen Veränderungen unterworfen werden. Die Entscheidung aller Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sind den freien Gewerkschaften übertragen. (Rufe: Leider!) Es war kein anderer Weg möglich, als die Beherrschung dieser schwierigen Materie den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den freien Gewerkschaften zu übertragen. Die von der Berliner Gewerkschaftskommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben vorgelegten Richtlinien mußten insofern abgeändert werden, als man die Arbeiterausschüsse, die nach diesen Richtlinien aufgelöst werden sollten, bestehen ließ. Es ist gesagt worden, manche Unternehmer würden der Wirksamkeit der Gewerkschaften Widerstand leisten. Es muß hier ausgesprochen werden, daß man solche Unternehmer kurzerhand enteignen wird. Der Redner besprach sodann die Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte. Alle möglichen Schichten haben Vertretungen verlangt. Bevor wir ihnen solche Vertretungen einräumen, müssen wir wissen, wer sie sind und was sie wollen. Wir gewähren Kopf- und Handarbeiter Vertretungen, aber die Vertretungen der Kopfarbeiter dürfen nicht die schwer errungene Freiheit gefährden. Nur wer arbeitet, hat das Recht, im Arbeiter- und Soldatenrat vertreten zu sein. Der Redner besprach sodann die Einberufung der Nationalversammlung. Seine Meinung ging dahin, diese Einberufung könne erst zur Tat werden, wenn die Errungenschaften der Revolution gesichert seien. Ferner erörterte Müller die Kompetenzverhältnisse zwischen der Regierung und dem Vollzugsausschusse. Häufig haben sich die von den beiden Instanzen erlassenen Verordnungen widersprochen. Dem ist jetzt vorgebeugt, indem ein Weg zu gedeihlichem Zusammenarbeiten gefunden ist. Der Vollzugsrat hat die Exekutive der Regierung übertragen, hat sich aber die Entscheidung über die Zusammensetzung der Regierung vorbehalten. Auch nach auswärts werden wir wirken müssen. Von dem Verhalten der agrarischen Gegner der Revolution werden erbauliche Dinge berichtet. **In Ostpreußen sollen die Agrarier jüdenweise die Nahrungsmittel in den Wäldern verbergen.** Wenn die Herren glauben auf diese Weise der Revolution an den Kragen zu können, so werden sie die Diktatur des Proletariats noch kennen lernen! An den Arbeiterräten wird es liegen, daß die Errungenschaften der Revolution gefestigt werden und dauernd erhalten bleiben.

Es wird sodann die nachstehende Resolution eingebracht, die am Schlusse der Versammlung die Zustimmung der großen Mehrheit der Versammlung fand:

„Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegierten-Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahlsystems einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist der von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen."

Als der Referent geschlossen hatte, lagen bereits über zwanzig Wortmeldungen und eine große Anzahl von Anträgen vor. Ein Antrag verlangt eine Verfügung des Vollzugsausschusses, nach der durch Nachforschung die Hamsterlager aufgesucht und die dort befindlichen Nahrungsmittel der allgemeinen Versorgung zugeführt werden. Ein anderer Antrag verlangt, daß als Hilfskräfte Arbeitslose eingestellt werden. Ebenso soll ein Dezernat für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingerichtet werden. Der Antrag, daß eine Nationalversammlung erst dann einberufen wird, wenn die Errungenschaften der Revolution gesichert sind, kehrt mehrmals wieder.

In der Diskussion erklärte es ein Angestellter einer Kriegsgesellschaft für unbedingt notwendig, daß sofort Arbeitskräfte mobil gemacht werden, die in den von der polnischen Invasion bedrohten posenschen und oberschlesischen Distrikten die Zurückführung der dort liegenden Lebensmittel durchführen. Es sprechen sodann Vertreter der Kriegsbeschädigten, verschiedener Angestelltenkategorien, der Eisenbahnbeamten, zwei Vertreter der Berliner Anwaltschaft, die alle ihre Sympathie mit der Revolution und ihrer bisherigen Arbeit zum Ausdruck bringen.

Hermann Müller vom Parteivorstand (alte sozialdemokratische Partei) führt aus, daß schon **wegen der bestehenden technischen Schwierigkeiten die verfassunggebende Nationalversammlung nicht eher einberufen werden könne, bis die Früchte der Revolution unter Dach und Fach gebracht seien.** Im übrigen mahnt der Redner zur Einigkeit zwischen den an der Revolution beteiligten politischen Parteigruppen.

Das Regierungsmitglied Haase führt aus, daß die herrschenden Klassen keine Veranlassung hätten, sich über Diktatur des Proletariats zu beklagen. Bisher habe eine kleine Minderheit eine große Mehrheit beherrscht, heute beherrsche eine große Mehrheit eine kleine Minderheit. Wo da die Gerechtigkeit liege, sei sehr leicht einzusehen. Unter allen Umständen müssen Arbeiter- und Soldatenrat und Vollzugsausschuß ihre Macht auf der Masse begründen. Die Konstituante könne erst zusammenberufen werden, wenn die großen technischen Schwierigkeiten überwunden seien. Inzwischen gelte es, die Soldaten, die in vier Jahren Krieges die politische Orientierung zu einem großen Teile verloren haben, sowie die Frauen, denen ebenfalls das Wahlrecht gewährt werden muß, politisch aufzuklären. Für die Regierung gab er der Versammlung die Versicherung, daß die vorliegenden Anträge, soweit dies möglich sei, berücksichtigt werden. — Ledebour, der gegen Haase und andere zu polemisieren versuchte, wurde stürmisch unterbrochen. — Das Regierungsmitglied Ebert, dem durch einen Schlußantrag die Möglichkeit, zu reden, genommen war, stellte gegenüber der Aeußerung eines Redners folgendes fest: Es ist nicht richtig, daß ich mit unlauteren Absichten in eine Arbeiter- und Soldatenversammlung gegangen bin. Ich habe nur zur Einigkeit gemahnt. Im übrigen stimme ich im wesentlichen allem zu, was Haase gesagt hat. — Liebknecht glaubt, vor der Gegenrevolution warnen zu müssen. Wir streben nicht etwa eine bürgerliche Demokratie auf relativ freiheitlicher Grundlage an, sondern die soziale Revolution.

Nach einem Schlußwort des Referenten Müller wird eine Kommission von 10 Arbeiterräten gewählt, deren Aufgabe es ist, die Kompetenzen der Arbeiterräte und der in den Betrieben bestehenden Arbeiterausschüsse abzugrenzen.

Hauptausschuß der Marine und Zentralrat der Marine.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte der Marine wurde folgendes beschlossen: **Von den obersten Soldatenräten der Marine der Ostsee- und Nordseestation und auf der Niederelbe wird ein Hauptausschuß der Marine gebildet,** der zu den militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat. Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseestation und einem Vertreter des obersten Marinerates der Niederelbe. In den Bezirken der genannten Räte sind Abordnungen zu bilden, und zwar aus 24 Vertretern der Nordseestation, 20 Vertretern der Ostseestation und 5 Vertretern der Niederelbe. Zu ihnen treten 4 Vertreter Berlins. Die Wahl dieser Abordnungen erfolgt auf demokratischer Grundlage. Die Abordnungen treten in Berlin zusammen, kontrollieren das Reichsmarineamt, den Admiralstab und wählen dort aus ihrer Mitte fünf Kameraden als Zentralrat der Marine. Diese fünf müssen geschulte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein. Anordnungen des Reichsmarineamtes und des Admiralstabes sind außer vom Unterstaatssekretär von einem Mitglied des Zentralrates zu unterzeichnen. Alle Abordnungen bilden den 53. Ausschuß, der täglich die festzusetzenden allgemeinen Anordnungen dem Zentralrat vorlegt, der sie an die Obersten Soldaten- und Marineräte weitergibt.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

56. Fortsetzung.

Und dann: es war auch nicht seine Sache, sich in ein verborgenes Dorf zu verkriechen, denn das war eine Flucht. Er durfte nicht fliehen, durfte sich nicht entziehen. Hier mußte er bleiben, nur hier war sein Platz. Es würde ihm gelingen, soviel zu verdienen, daß er leben konnte. Je elender er lebte, eine um so größere Genugtuung würde er empfinden. Als Versicherungsagent, ja. Treppauf, treppab, in einem Anzug von schäbiger Eleganz, immer sich duckend, immer lächelnd, nie widersprechend, die ewigen Abweisungen und Demütigungen wie ein Schicksal hinnehmend, das ihm gebührte. Den Nacken beugen, die Hände küssen, die ihn schlugen. Geduldig sein, maßlos geduldig. Und dann denken: Du leidest, ein anderer hat dich leiden gemacht, aber du mußt nicht auf, denn es ist deine Strafe. Du zahlst ab. Alle die Fälle:: Lautenbach, Gutzeit, Marisch, Lucie. Blümner, Behrens. Und eines Tages bist du fertig. Bist niemandem mehr etwas schuldig. Und legst dich hin und machst die Augen zu während die anderen weiter leben und erkennen müssen, daß sie aus Gläubigern Schuldner geworden sind! —

Reisner kam heim, glühend von einer Erregung, die ihm so rein schien wie die flackernde Flamme eines Kerzenlichtes, das man in ein Totenzimmer stellt. Er rief sofort Prokop und sah ihn eine Weile stumm an.

„Sie befehlen?" fragte Prokop eifig.

„Prokop, ich habe dir, — ich habe Ihnen nichts mehr zu befehlen. Sie müssen mich verlassen. Ich bin ruiniert. Ich bin arm, bin viel ärmer als Sie."

Prokop warf den Kopf hoch. „Ich bin nicht arm," sagte er hochmütig.

„Aber Sie sind auch nicht reich, — und ich gedachte, Sie für immer bei mir zu behalten und Sie einmal gut zu entlohnen und unabhängig zu machen."

„Das wäre überflüssig gewesen," sagte Prokop, „denn ich habe für mich selbst gesorgt."

„Wie?"

Prokop machte eine wegwerfende Handbewegung. „Glauben Sie, daß ich es nicht gesehen habe, wie Sie sich ruinierten? Mir konnte es recht sein. Wenn ich auch immer schwieg, so habe ich doch viel gehört. Ich gehe zufrieden von hier fort. Mein Leben ist gesichert."

Reisner winkte müde mit der Hand. „Gut, ich gönne es Ihnen. Und denken Sie nicht allzu schlecht von mir."

„Ich werde gar nicht über Sie nachdenken, ich wüßte nicht, weshalb ich das tun sollte. Ich werde leben und für den Rest meiner Tage Herr sein. . . . Leben Sie so gut, als Sie es können, — mir ist es gleich! Adieu!"

Reisner öffnete ein Fenster. Ein warmer Augustabend wehte ihm entgegen. Die Straße hinauf und hinab eilten vereinzelte Fußgänger, zwischendurch auch Kinder, vornehm angezogen, sauber und gesund, mit Bonnen, die sie behüteten. Eine heitere Sicherheit lag auf allen ihren Gesichtern, und es gab nichts, das diese trüben konnte, denn man war in dieser Gegend sehr reich.

Reisner schloß das Fenster wieder und zog alle Vorhänge zu. In diesem Halbdunkel saß er dann und brütete vor sich hin.

Nein, es war ausgemacht: sein Kind sollte es gut haben und auch seine Frau sollte es gut haben!

Ein Gefühl der Freude durchströmte ihn. Er hätte nicht geglaubt, daß es so leicht war, sich selbst zu vergessen und nur an andere zu denken. Und er seufzte lang auf.

Dann machte er Licht und setzte sich an den Schreibtisch. Noch viel war in Ordnung zu bringen. Vor allem wollte er an Behrens schreiben, der seine Adresse auf dem Schreibtisch zurückgelassen hatte. Und dann wollte er mit Lucie reden. Es war ja alles so einfach. . . .

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Wieviel Ehen gibt es, von denen man vorbehaltlos behaupten kann, sie seien glücklich? Und wenn sie es sind, wodurch sind sie es? Durch Harmonie? Durch die Liebe? Durch die Kinder? Durch Resignation? Durch die Betätigung des Willens, die Pflicht zu tun? Durch jenes Bedürfnis, das nach Ruhe verlangt und das Fügsamkeit und Unterwerfung ermöglicht? Und liegt dem Glück völlige Bewußtheit zugrunde? Oder schwebt das Glück nur unbestimmt im Unterbewußtsein, dämmernd, kaum wahrnehmbar? Jauchzt das Glück und tritt es stolz und breit auf? Oder ist es ein in sich versunkenes Schweigen, das scheu vor jedem Tageslicht zittert?

Wer die Ehe kennt, zuckt schmerzlich auf, wenn er hört, daß man von ihrem Glück spricht. Wer darf überhaupt vom Glück der Ehe sprechen? Ein Junger? Er kennt nur einen Teil jenes Weges zu Zweien, der ein langsames Kriechen auf eine Höhe hinauf und dann wieder ein langsamer Abstieg ins Tal hinunter ist. Vielleicht ein Reifer? In ihm erstickt der Vollbesitz aller Kräfte den leis und zaghaft schweifenden Gedanken. Ein Alter? Er ist müde und liebt es nicht, zu reden, denn er will vergessen. Ein Ehemann? Er ist befangen. Ein Junggeselle? Er ist ahnungslos . . . . Aber vielleicht ein Dichter? Er sieht die Zusammenhänge zwar nicht, doch er fühlt sie. Durch die Wirrnisse der Welt und der Seele führt ihn, der äußerlich blinder ist als alle anderen zusammen, der sichere Instinkt des Unaussprechlichen und Ewigen des Geistes. Und der Dichter sieht auch das Glück der Ehe nur als eine Sehnsucht, die blau und froh hinausflattert und die doch eines Tages wiederkehrt und weiß, daß sie nie gestillt wird.

Die blau und froh hinausflattert und resigniert zurückkehrt, um einen geborgenen Winkel aufzusuchen und dort zu warten. Worauf? Sie weiß es nicht. Vielleicht auf das Vergessen.

Viel zu überschwenglich hat sie gehofft, als daß es möglich wäre, daß ihre Hoffnung sich erfülle. Enttäuschungen aber will man vergessen. Die Zeit hat ein großes, graues Tuch, das alle Enttäuschungen sanft bedeckt. Niemand stirbt unter dieser sanften, grauen Decke. Nur dämpft sie das helle Licht seiner Zuversicht und Wünsche.

Die Einsicht kommt, sie ist schon halbes Vergessen. Und doch bringt sie sofort eine neue Sehnsucht mit, denn es lebt kein Mensch, dessen Niederlagen so groß wären, daß er nicht immer wieder von neuem hoffte.

Indem man das Gestern vergißt, glaubt man an das Morgen. Und wer dem einen kalt oder mit Haß gegenüber steht, hat den Wunsch, den anderen lieben zu können. Der Mensch, der einsam ist, friert. Der Mensch will und braucht Wärme.

Das Glück unzähliger Ehen ist an der Kälte der Einsamkeit gestorben, unzählige Frauen frieren, — auch die, von denen man sagt, daß sie glücklich seien.

Die Liebe ist eine Blüte, aber eine jede Blüte entfaltet ja prangt eine Zeitlang, um dann zu sterben. Blumen sind für die Feste da, aber Feste feiert man nur einmal, der Rest ist Alltag.

Der Alltag trennt die Gatten, treibt sie voneinander weg, weist jedem einen Weg, den sie oft gehen, ohne sich wieder zu begegnen. Und doch fesselt beide ein Band, an dem sie um so stärker zerren, je weiter sie voneinander abkommen. Sie sind allein, einsam und müssen doch zu Zweien gehen. Das ist ihr Fluch.

Die Liebe, die an Enttäuschungen erfriert, erstarrt, und die starre Kälte ist der Boden, auf dem langsam und hart der Haß aufwächst.

Und in der Ehe selbst ist der Haß gebunden, ist von tausend Fesseln umschlungen, die ihm den Atem nehmen, so daß er kracht und stöhnt und doch keine Möglichkeit findet, sich zu entladen.

Er wird scheu und schielend und leis und hämisch, er lernt die Kunst der Nadelstiche, von denen tausend sicherer treffen als ein Hieb, die halben Worte und verhaltenen Gesten, die den anderen erzittern machen, den stummen, passiven Widerstand, an dem jede Bemühung scheitert.

Fortsetzung folgt.

Kundgebung der deutschen Gewerkschaften.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben auf ihrer gestrigen Tagung im Berliner Gewerkschaftshaus einmütig folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften begrüßt im Namen von über zwei Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands den Sieg der politischen Freiheit.

Aus dem freien Deutschland heraus erheben wir laut unsere Stimme gegen die unglaublich harten und geradezu unmöglichen Waffenstillstandsbedingungen, die von den alliierten Mächten dem deutschen Volke auferlegt worden sind.

Als eifrige und überzeugte Anhänger der internationalen Solidarität, die wir seit Jahrzehnten und auch in den Jahren des Weltkrieges vertreten haben, wollen wir selbst heute noch an dem Glauben festhalten, daß unsere Arbeitsbrüder in Frankreich, England und den übrigen alliierten Ländern es nicht zulassen werden, daß durch Aufrechterhaltung dieser harten Bedingungen gerade die ärmere Bevölkerung Deutschlands, nämlich die Arbeiterschaft, dem größten Elend und dem direkten Hungertode überliefert werden.

An der weiteren Entwickelung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands werden die Gewerkschaften nach Maßgabe ihrer Kräfte mitarbeiten. In der Erkenntnis, die Allgemeingut der politisch und gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft war und ist, daß die politischen Freiheiten von dem Stande der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig sind, spricht die Konferenz aus, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft hinter die politischen Forderungen nicht zurückgestellt werden darf. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist also auch in dieser Zeit von allen Mitgliedern mit ganzer Kraft fortzusetzen.

Die Uebereinstimmung der Auffassungen über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die bisher zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands geherrscht hat, berechtigt die Gewerkschaften zu der Erwartung, daß die Parteiführer jetzt und in Zukunft bereit sein werden, die Kenntnisse und Erfahrungen in wirtschaftlichen Fragen der in den Gewerkschaften tätigen Personen zu benutzen. Wir rufen alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, ihre Hilfe an allen Orten zur Verfügung zu stellen.

Unseren Arbeitsbrüdern im Waffenrock, denen das große Verdienst an der glücklichen Durchführung der freiheitlichen politischen Umwälzungen gebührt, sprechen wir aufrichtigen Dank aus, zugleich auch für ihr entschlossenes Eintreten für die Einigkeit der Arbeiterklasse. Auch die Gewerkschaften hoffen und vertrauen darauf, daß die Parteistreitigkeiten in der Arbeiterschaft begraben werden.

In dem Beschlusse der Volksregierung eine Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen, erblicken wir die Gewähr dafür, daß die bisherigen Errungenschaften der Revolution dauernd gesichert und bei Aufrechterhaltung der Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft auch noch weiter ausgebaut und vervollkommnet werden.

Die Demobilisierung des Heeres und die Wiederaufrichtung des heimischen Wirtschaftslebens erfordern die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu gemeinsamem Wirken. Auf die Mitarbeit der Mitglieder der Gewerkschaften muß hierbei in erster Linie gerechnet werden. Vor allem müssen die Gewerkschaften in den vom Feind besetzten Landesteilen einer Flucht der Bevölkerung die die Demobilmachung erschweren und die allgemeine Notlage bedrohlich steigern würden, nach Kräften entgegenwirken.

Die Gewerkschaften erwarten von der Volksregierung auf das dringendste, daß sie ungesäumt und fortdauernd alles Notwendige unternimmt, um die allgemeine Volksernährung zu sichern und dem Lebensmittelwucher energisch zu steuern.

Die deutschen Gewerkschaften erneuern ihre bereits von der früheren Reichsleitung anerkannten Forderungen auf Uebernahme gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensverträge und auf Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz. Sie erwarten von der Volksregierung, daß sie diesen Forderungen bei den kommenden Friedensverhandlungen Geltung verschafft.

Aus der Partei.

Zur Verschmelzung. Eine gemeinsame Sitzung der Parteifunktionäre der alten Sozialdemokratie und der unabhängigen Sozialdemokratie fand am Donnerstag abend im Eisenfelder Volkshaus statt. Die prinzipielle Auseinandersetzung führte zu keiner allgemeinen Verständigung, aber angesichts der unabsehbaren Bedeutung gemeinsamen Handelns in der jetzigen Zeit wurde ohne Widerspruch beschlossen, weiter zusammen zu arbeiten. Die Erkenntnis, daß eine Parteirichtung allein nicht den bequemen Weg der Revolution fortsetzen könne, gab den Ausschlag.

Die Frauen im Arbeiterrat. Aus dem Parteivorstand wird uns mitgeteilt: Die sozialdemokratischen Frauen haben unter der Leitung des Frauenbüros des Parteivorstandes und im Auftrage der Groß-Berliner Genossenschaft an den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates das Ersuchen gerichtet, zwei Frauen, je eine von jeder Richtung, mit Sitz und Stimme in seine Mitte aufzunehmen. Daneben soll ein vom Vollzugsrat des Arbeiterrates anerkannter Frauenbeirat alle speziellen Frauenangelegenheiten, wie sie die Demobilisierung und die Uebergangswirtschaft mit sich bringt, erledigen. Von unserer Seite sind bereits sieben Frauen gewählt. Zwei Genossinnen sind beauftragt worden, den Antrag persönlich dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates zu überbringen und wenn nötig, mündlich zu begründen. Es sind Schritte getan, auch in dieser Frage eine Verständigung mit der Leitung der U. S. P. herbeizuführen. Aus dem Lande hören wir, daß hier und da auch Frauen in die Arbeiterräte gewählt worden sind. Es ist zu wünschen, daß dies überall geschieht. In Zukunft sollen in Deutschland die Frauen als vollwertige Staatsbürger anerkannt werden. Das ist von der neuen Regierung anerkanntermaßen. Ganz folgerichtig können die Frauen verlangen, daß ihre zweifellos vollwertige Hilfe auch jetzt schon in Anspruch genommen wird.

Aus Nah und Fern.

Furchtbare Pogromstimmung in Polen. Dem Jüdischen Pressebureau in Stockholm wird aus zuverlässigster Berliner Quelle telegraphiert: In ganz Polen herrscht eine furchtbare Pogromstimmung. In Warschau schießen die polnischen Legionäre, die es übernommen haben, die Ordnung aufrechtzuerhalten wahllos auf jüdische Passanten. In Warschau wurde ein Jude und in Siedlce sechs Juden von den Polen getötet. An den judenfeindlichen Exzessen beteiligt sich nicht nur der Pöbel, sondern auch Studenten und gebildete Kreise.

Der „Telegraaf" meldet aus Hamond in Belgien, daß dort ein Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet und daß bei den darauffolgenden Explosionen achthundert Menschen ums Leben kamen. Die meisten Opfer sind deutsche Soldaten, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten und Verwundeten.

In Bodel in Nordbrabant wurden ungefähr 150 Tote und Verwundete gezählt. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe von Munitionszügen mit Kerzen hantierten und dadurch eine Explosion verursachten. 600 holländische Soldaten eilten der Hilfeleistung nach Hamond ab. Über die Explosion in Hamond, die Veranlassung muß unbeschreiblich sein.

Von Hamond wird noch über die Explosion in Hamond gemeldet: Der Brand begann ungefähr um 10 Uhr auf dem Bahnhof, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein Waggon mit Granaten in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofes war in einem Augenblick in Flammen. Auf dem Bahnhof befanden sich auch drei Lazarettzüge mit deutschen Verwundeten, die auf ihren Transport nach Holland warteten. Diese Züge gerieten in Brand. Die Verwundeten flüchteten, soweit sie imstande waren, aber 15 Schwerverwundete kamen in den Flammen um. Der Brand konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, nachdem die Brandwachen Wagons des Zuges mit großem Heldenmut abgesucht waren. Er wütet auf dem Bahnhof Bodel. Zerstört wurde man das Dreieck Gear. Der Anblick der Ruinen, die über die Stunde kommen, ist unbeschreiblich. Während der Katastrophe wagte niemand in die Nähe der Stadt zu kommen zu gehen. Die Zahl der Toten ist noch nicht genau festzustellen, muß aber sehr groß sein. In Hamond sind viele Häuser eingestürzt, wobei deren Einwohner unter den Trümmern begraben wurden. Ueber die Ursache dieses Unglücks läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen.

Nach einer Meldung des Telegraaf stehen in Brüssel der Nordbahnhof und der Schaerbeeker Bahnhof infolge einer Munitionsexplosion in Flammen.

Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen:

Für das Lübecker Staatsgebiet wird

ab Donnerstag, den 28. November 1918,

die tägliche 8stündige Arbeitszeit

mit Gesetzeskraft eingeführt.

Sämtliche Behörden, Fabriken, Handelsbetriebe, Gesellschaften, Organisationen aller Art, sowie alle übrigen Arbeitgeber haben sich bis zu diesem Tage mit den Berufsorganisationen, Gewerkschaften ihres Gewerbes, oder mit ihren Beamten, Arbeitern und Angestellten direkt über die Regelung der Einführung des Achtstundentages, Arbeitszeit und Entlohnung zu einigen.

Beim Fahrpersonal der Straßen- und Eisenbahn, sowie im Hafenbetriebe findet diese Bestimmung insofern Anwendung, als die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten darf.

Lübeck, den 19. November 1918. (58

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

J. A.:

Zeitz, Eberhardt, Rethfeldt. Mehrlein Reckfen, Ehlers. Degermann, Weiß. Haut, Roß.

Bekanntmachung.

Offiziere

können in leitender Stellung nicht verwendet werden, da sie sich nicht aus Ueberzeugung, sondern aus der Zwangslage heraus auf unsere Seite stellen. Wir wollen aber denjenigen Offizier, der sich nachträglich auf unseren Boden stellt, nicht zurückweisen sondern ihn in beratender Stellung verwenden.

Der Soldatenrat Lübeck.

(5851) J. A. Hans Zeitz.

Bekanntmachung.

Sämtliche in der Garnison Lübeck sich aufhaltenden

Offiziere

versammeln sich am 22. 11. 18. um 12 Uhr mittags im hinteren Saal der

Schiffer-Gesellschaft

zu einer Besprechung mit Herrn Major Stabenhagen.

Anzug: Uniform oder Zivil freigestellt.

Der Soldatenrat.

(5850) H. Zeitz.

Bekanntmachung.

Alle im Militärdienst stehenden Aerzte Lübecks werden gebeten, sich zwecks Bildung einer Sanitäts-Kommission am Freitag, d. 22. 11. 18 abends 8½ Uhr im Saale der Schiffer-Gesellschaft einzufinden.

Der Soldatenrat.

(5848 H. Zeitz.

Anonyme Zuschriften

werden von uns nicht mehr berücksichtigt.

Der Soldaten- und Arbeiterrat.

(5849) J. A.: H. Zeitz. J. A.: W. Bromme.

Infolge Kohlenmangel können Schlachtungen von Haushaltungsschweinen nur Mittwochs und Donnerstags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags vorgenommen werden.

Die Betriebsbehörde.

(5846) Abt. Schlachthof.

Gebt uns Eure Haare!

Wichtiger denn je ist das Sammeln und Abliefern ausgekämmter Frauenhaare. Die Industrie soll Arbeit schaffen; sie braucht Treibriemen. Wir vergüten für 100 g = 7 Gutscheine. Wer in der Zeit vom 24. bis 29. Nov. 250 g Haare bringt, erhält außerdem ½ Pfund Marmelade oder Honig. Jeder Sammler erhält ein Freilos. Verlost werden Schulsachen, Spielzeug, Lebensmittel.

Kriegsbrockensammlung Lübeck.

Sammelstelle Salzspeicher.

Torf

schwer, große Heizkraft
Zentner 6.— Mk.
waggonweise billiger.

Gesp. Brennholz

Zentner 9.— Mk.

Plattkohlen

C. Hinze Nchfl., Stockelsdorf

Telephon 1317. (5835

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Lübecker Strassenbahn.

Ab heute bis auf weiteres verkehrende Spätwagen:

Linie 12.

Abfahrt vom Markt Lübeck 10 Uhr 20 Minuten.
Abfahrt von Schwartau 10 Uhr 56 Minuten.

Linie 14.

Abfahrt vom Geibelplatz 10 Uhr 27 Minuten.
Abfahrt von Kücknitz 11 Uhr 6 Minuten.

Linie 15.

Abfahrt vom Geibelplatz 10 Uhr 27 Minuten.
Abfahrt von Schlutup 11 Uhr.

Lübeck, den 19. November 1918. (5826

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Freitag, dem 22. November 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenbezugskarten Nr. 8001 bis 9000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 21. November 1918. (5849

Das Polizeiamt.

Landesvorstand.

Eutin, den 15. November 1918.

In der Zeit vom 18. bis 24. November werden als Ersatz für die entfallenden Fleischmengen für den Kopf der fleischversorgungsberechtigten Bevölkerung Inhaber von Fleischkarten

125 Gramm Mehl

ausgegeben mit der Maßgabe, daß 10 Stück Fleischkartenabschnitte für 125 Gramm Mehl gelten.

In den Städten Bad Schwartau und Ahrensböck, sowie in den Ortschaften Reniefeld, Stockelsdorf, Fackenburg und Seeren werden entsprechend den entfallenden höheren Fleischmengen für den Kopf der fleischversorgungsberechtigten Bevölkerung

185 Gramm Mehl

ausgegeben mit der Maßgabe, daß 10 Stück Fleischkartenabschnitte für 185 Gramm Mehl gelten. Die Bezugsberechtigten dieser Ortschaften haben bei der Entnahme des Mehles dem Kaufmann neben der Fleischkarte auch das Butterbuch vorzulegen, in das die abgegebenen Mehlmengen in den betreffenden Wochenabschnitt einzutragen sind.

Das Mehl kann gegen Vorlegung der Fleischkarten bei den Mehlhändlern des Fürstentums in Empfang genommen werden. Die Mehlhändler haben die Fleischmarken für die fleischlose Woche abzutrennen und dem Landesvorstand als Beleg für die ausgegebenen Mehlmengen aufgeklebt einzusenden.

(5827) Mahlstedt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 (2) der Hafen- und Revierordnung vom 17. August 1914 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen am Freitag, dem 13. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfinden.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung eines kurz gefaßten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 6. Dezember d. Js. schriftlich an das Bauamt einzureichen.

Zugelassen wird nur, wer das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsantrage als angestellter Schiffsführer mindestens dreimal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Beistande eines Lotsen befahren hat und Reichsdeutscher ist.

Lübeck, den 14. November 1918. (5823

Die Baubehörde.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer und der zweite Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud, die Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 12. bis 21. November ds. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt, einen Landbezirk oder in eines der eingemeindeten Gebiete, oder umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 11. November 1918. (5824

Die Steuerbehörde.

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Lübeck.

Versammlung

am Freitag, dem 22. November,

abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Einführung der gesetzlichen 8stündigen Arbeitszeit. Sämtliche Mitglieder müssen in dieser Versammlung erscheinen.

5845 **Der Vorstand.**